

POLITIK kompakt

Ramelow: Mehr Verständnis für Osten

ERFURT Die Gefühlslage der Menschen im Osten Deutschlands muss aus Sicht von Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) stärker in den Blick genommen werden. „Die Sehnsucht nach Anerkennung und Gleichberechtigung, aber auch die Enttäuschung und das Gefühl des Zurückgelassenseins müssen wir ernst nehmen denn je“, sagte Ramelow vor dem Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober laut einer Mitteilung vom Sonntag. „Wir wollen diese Menschen nicht den Falschen überlassen, wir wollen und werden sie zurückgewinnen.“



Ramelow. dpa

Anschlag auf geplantes Flüchtlingsheim

DRESDEN Unbekannte haben in der Nacht zum Samstag versucht, ein geplantes Flüchtlingsheim in Dresden in Brand zu setzen. Die Täter schütteten laut Polizei eine brennbare Flüssigkeit an die Fassade der ehemaligen Schule und legten eine Trasse bis zum Zaun. Sie entzündeten diese, das Feuer erlosch den Angaben zufolge aber, bevor es das Gebäude erreichte. Das Polizeiliche Terrorismus- und Extremismus-Abwehrzentrum des Landeskriminalamts Sachsen ermittelt. Die Polizei sucht Zeugen. Dresdens Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) verurteilte den Angriff.

Freie Wähler: Antisemitismus-Skandal

MÜHLDFELD AM INN Der Direktkandidat der Freien Wähler im bayerischen Wahlkreis Mühlhof am Inn, Markus Saller, hat unter einem Foto, das Karl Lauterbach (SPD) gepostet hatte, einen problematischen Beitrag erstellt. Das Foto zeigte ihn mit seinem Doktorvater Amartya Sen und dessen Frau Emma Rothschild. „Rothschild?“, lautete Sallers Kommentar. Schon wenige Tage zuvor hatte Saller einen Kommentar auf X hinterlassen. Dabei ging es um den „Great Reset“, eine seit den ersten Monaten der Corona-Pandemie verbreitete Verschwörungstheorie. Den „Big Players“ sei beim „Great Reset“ ein Logenplatz versprochen worden, schrieb Saller. Saller wies dem „Spiegel“ gegenüber die Vorwürfe zurück, er habe nicht um den antisemitischen Hintergrund gewusst. Sein Konto bei X hat er gelöscht.

Figur darf nicht zu Demo vor Vatikan

ROM/DÜSSELDORF Missbrauchsbedingte haben nicht wie geplant mit einer Figur des Düsseldorfer Karnevalswagenbauers Jacques Tilly vor dem Vatikan protestieren können. Die Polizei habe generell untersagt, damit in die Stadt zu fahren, sagte Riccardo Hinz von der Giordano-Bruno-Stiftung, Ehefrau des Künstlers, am Sonntag in Rom. Die Figur zeigt einen Bischof, der in einer zwischen zwei Kreuzen aufgehängten Hängematte schlummert. Ein Spruch verweist auf die „unermüdete Ermittlung“ bei Missbrauchsfällen von Kindern.

Wirbel um SPD-Video

Knapp eine Woche vor der hessischen Landtagswahl sorgt ein Video der hessischen SPD über die CDU und deren Spitzenkandidaten Boris Rhein für Aufregung.

Die hessische SPD-Spitzenkandidatin Nancy Faeser ließ das Video am Samstag löschen, wie sie am Rande einer Wahlkampfveranstaltung in Frankfurt am Main sagte. „Das ist nicht mein Stil. Es ist runtergenommen worden“, sagte die Bundesinnenministerin, als sie von Journalisten auf das Video angesprochen wurde. Das Video hatte eine Zusammenarbeit von CDU und AfD als möglich dargestellt und empörte Reaktionen hervorgerufen.

Faeser stellte im selben Atemzug eine Forderung an den CDU-Kontrahenten, Ministerpräsident Rhein: „In der Sache müssen wir allerdings darüber reden. Und es wäre schön, wenn Herr Rhein sich dazu äußert, dass führende CDU-Leute in Wetzlar sich mit der AfD getroffen haben vor kurzem. Insofern wäre es schön, wenn er dazu etwas sagt.“

In dem Wahlkampf-Spot wird eine gemeinsame Abstimmung der CDU und AfD in Thüringen thematisiert und gefragt: „Droht eine solche Kooperation bald auch in Hessen? Wird sich Boris Rhein von

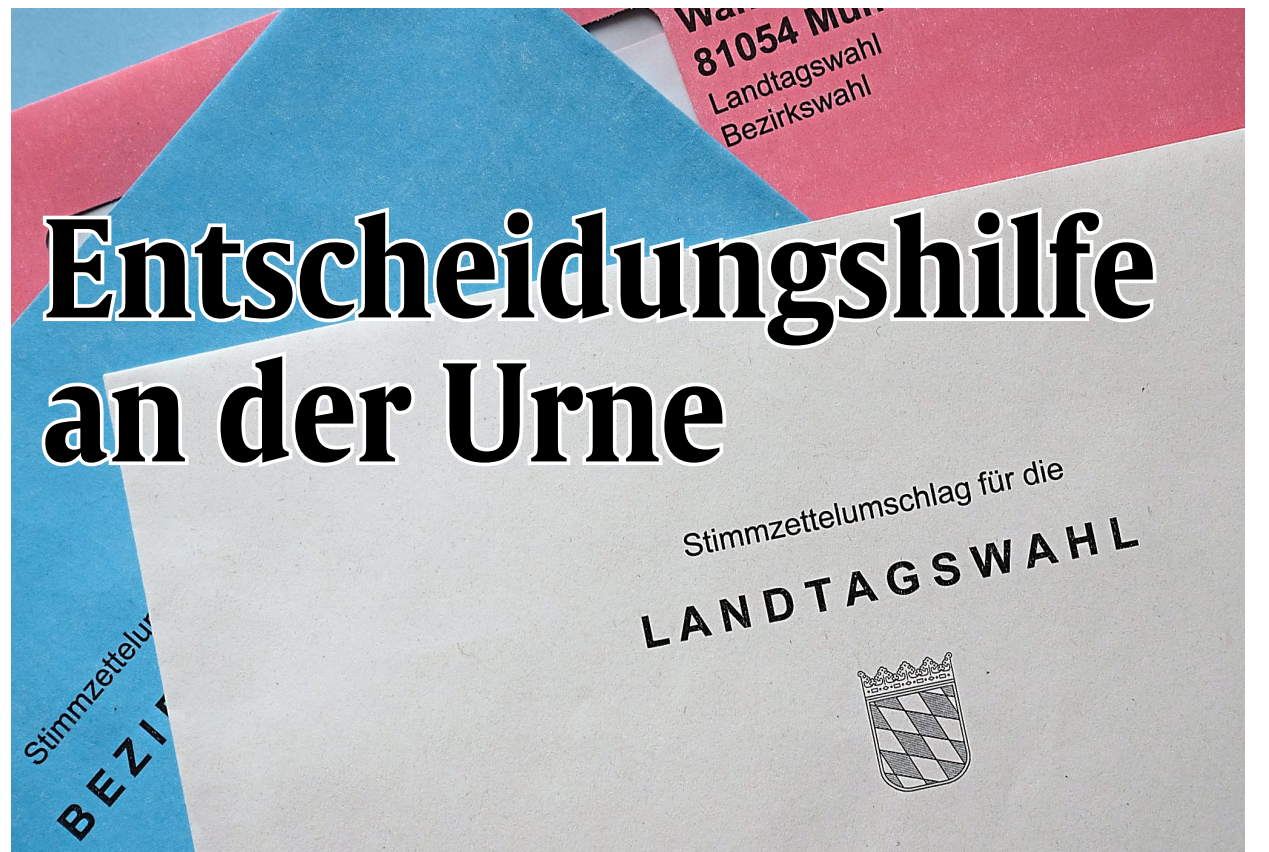


Ein Bild aus dem Juli: Boris Rhein (CDU) und Nancy Faeser (SPD). dpa

Rechtsextremen Stimmen besorgen?“ Nach der Wahlkampfveranstaltung in Frankfurt sagte Faeser, dass sie mit SPD-Generalsekretär Christoph Degen kurz zu dem Thema gesprochen habe. „Das Video ist vom Inhalt völlig korrekt“, sagte sie. Degen teilte mit: „Als Generalsekretär der hessischen SPD trage ich die Verantwortung für dieses Video und entschuldige mich dafür bei der CDU.“ Die SPD habe das Video gelöscht und werde es nicht weiter verwenden.

Rhein äußerte sich zunächst nicht zu dem Video oder der Aufforderung Faesers. In der Vergangenheit hatte der CDU-Spitzenkandidat zur AfD gesagt: „Für mich persönlich und für die hessische CDU ist jede Zusammenarbeit mit dieser Protestpartei ausgeschlossen.“

Die Briefwahlunterlagen zur Landtagswahl. Um mit den eigenen Kreuzchen zu einer für einen selbst zufriedenstellenden Wahlentscheidung zu kommen, gibt es mehrere Wege. Foto: Sven Hoppe/dpa



Welche Partei soll die eigenen Kreuzchen bekommen? Diese Frage kann einen mitunter Nerven kosten. Ein Polit-Experte gibt Tipps

Wer als verantwortungsbewusster Demokrat zur Wahlurne schreitet, muss natürlich informiert sein. Aber müssen dafür wirklich 20 (CSU) bis zu über 100 Seiten (FDP und Grüne) an Text zu allen Parteien aufmerksam gelesen werden? Oder kann man auch anderweitig zu einer ausgewogenen Wahlentscheidung kommen?

„Es wird Ihnen das gesamte Spektrum an Informationskanälen angeboten. Das fängt an bei den alten, klassischen Wahlplakaten, geht über Werbespots im Fernsehen bis zu den neueren elektronischen Kanälen“, sagt Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung und Professor für Politische Wissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München. „Jedes Mittel, eine Meinung zu bilden, kann hilfreich sein.“

Die eine überlegene Art, sich zu informieren, gibt es dem Politikwissenschaftler zufolge nicht. Nicht einmal das akribische Durchforsten von Wahlprogrammen. Aber: „Wahlprogramme sind eine erste Orientierung, was eine Partei so machen will.“ Dadurch, dass es heutzutage keine absoluten

Mehrheiten mehr gäbe, müssten jedoch Koalitionsverträge ausgehandelt werden. Die erfordern Kompromisse.

Das wiederum heißt, dass Wahlprogramme nicht eins zu eins verwirklicht werden können. „Natürlich werden einige Punkte umgesetzt, aber viele Punkte auch nicht.“ Das zeigt auch eine Studie der Uni Stuttgart, laut der Regierungsparteien im Durchschnitt etwa 20 Prozent der vor der Wahl gemachten Versprechen nicht einhalten. Sich auf einzelne inhaltliche Aspekte zu versteifen, könnte dementsprechend zu falschen Erwartungen führen.

Neben den dicken Wahlprogrammen gibt es aber auch die neuen, schlanken digitalen Entscheidungshilfen. So etwa den Wahl-O-Mat. Dabei handelt es sich um eine Website der Bundeszentrale für Politische Bildung, in der sich Wahlinteressierte durch 38 Thesen klicken können, um zu überprüfen, wie stark sie mit den Plänen der Parteien übereinstimmen.

Diese lauten dann etwa: „Die ökologische Landwirtschaft soll vom Land vorrangig gefördert werden.“ Dem kann man dann zustimmen, dagegen sein oder neutral gegenüberstehen. Ein Team aus Experten entwickelt die Thesen, die Generalsekretäre der Parteien segnen sie ab.

Ein anderes Online-Orientierungswerkzeug ist der aus einem politikwissenschaftlichen Aufsatz hervorgegangene Politnavi. Der ist weniger auf einzelne Wahlen bezogen, sondern zeigt anhand

einer Reihe von Fragen die eigene Positionierung auf dem Links-Rechts-Spektrum und das der Parteien auf. Bei der Beurteilung der Parteien fließen sowohl deren aktuelle als auch grundsätzliche Einstellungen mit ein.

Zu diesen Online-Instrumenten sagt Experte Weidenfeld: „Auch die sind Teile der Orientierungshilfe.“

Zu dieser Orientierung können aber auch ganz klassisch Gespräche mit den Direktkandidaten beitragen. „Die laufen Ihnen ja mehr oder weniger über den Weg, wenn Sie sich dafür interessieren“, sagt der Politikwissenschaftler.

Wahl-Prognosen besser nicht überbewerten

Ein weiterer Aspekt, der für die eigene Wahlentscheidung eine Rolle spielen kann, ist die Übereinstimmung der eigenen Weltansichten und der der Parteien. Das, wofür eine Partei steht, könne man nicht artifizial ausblenden, sagt Weidenfeld. „Es wäre schon vernünftig, dass Sie selbst wissen, was Sie als Zielsetzungen und an normativen Perspektiven haben. Und dann zu überlegen: Mit welcher Entscheidung komme ich dem am nächsten?“

Außerdem sollte dem Politikwissenschaftler zufolge der Bürger Prognosen, wie die Wahl ausgehen könnte, für die eigene Entscheidung nicht überbewer-

8. Oktober
Bayern hat die Wahl

Aufgrund hoher Wählerschwankungen ist laut Weidenfeld bei keiner Partei das Wahlergebnis in Stein gemeißelt.

Wenn etwa eine Partei, die einem gefällt, womöglich nicht die für den Einzug ins Landesparlament nötige Fünf-Prozent-Hürde knackt, könne man gerade dann dieser eine Stimme geben, um das Ruder doch noch herumzureißen.

Die Vielzahl an Informationsmöglichkeiten kann für den Wähler durchaus erschlagend sein. Aber gerade dieses breite Angebot braucht es laut Weidenfeld: „Wenn die Orientierungsleistung der politischen Kultur so überzeugend wäre, dann würden all diese weiteren Nachfrageelemente ja ihre Bedeutung verlieren. Das ist aber nicht der Fall.“

Deshalb seien all jene, die sich interessieren, mehr oder weniger gezwungen, sich intensiv mit allem zu befassen. Von Wahlprogrammen über Spitzenkandidaten-Interviews bei der AZ bis hin zu Online-Werkzeugen wie dem Wahl-O-Mat. „Überall mal reinschauen und den Finger reinlegen“, empfiehlt Weidenfeld. Den einen Königsweg gibt es also nicht. Oder wohl eher: Er besteht aus mehreren hoheitsvollen Straßen. Maximilian Neumair

„Wir weichen nicht!“

Anfeindungen und sogar Steine: Die Grünen starten dennoch positiv in den Wahl-Endspurt

Trotz vieler Anfeindungen im Wahlkampf will sich das Grüne-Spitzenduo für die Landtagswahl, Katharina Schulze und Ludwig Hartmann, nicht einschüchtern lassen. „Da können andere noch so viel trillerpfeifen oder sogar Steine werfen oder uns mit Hass und Hetze im Internet überschütten, wir weichen nicht“, sagte Schulze am Sonntag auf dem kleinen Parteitag der bayerischen Grünen in München.

An die Parteibasis gerichtet, appellierten beide: „Wir stehen weiter zusammen, weil wir wissen, warum wir kämpfen.“ Es sei Aufgabe der Grünen, die Demokratie zu verteidigen. „Für uns ist der Wahlkampf härter geworden als der letzte“, sagte

Hartmann. Während viele politische Mitbewerber der Grünen versuchten, „das Gift des Populismus immer weiter auszuschütten“, sei es wichtig, dass die Grünen bei ihrer Linie geblieben seien und einen Wahlkampf führten, der auf Ideen und Lösungen beruhe und den direkten Dialog mit den Menschen suche. „Populismus verbindet nicht, Populismus trennt nur“, betonte Schulze.

In ihrer Rede erwähnten Schulze und Hartmann weder andere Parteien, noch griffen sie politische Mitbewerber an. In Anspielung auf Ministerpräsident Markus Söder (CSU) und Freie-Wähler-Chef Hubert Aiwanger kritisierte Schulze aber politischen Akteure, die in „ungesunden Beziehungen miteinander verkettet“ seien und nicht merken würden, dass sie in einer alten Denkweise feststeckten.

Außenministerin Annalena Baerbock unterstützte ihre Par-



Katharina Schulze (v.l.) mit Außenministerin Annalena Baerbock und Ludwig Hartmann (alle Grüne) beim kleinen Parteitag. Peter Kneffel/dpa

teikollegen vor Ort. Sie forderte, sich von Hass und Hetze und dem Schlechttreden „dieses großartigen Landes“ durch Anhänger des russischen Präsidenten Wladimir Putin nicht „kirre“ machen zu lassen. „Wir können einen Unterschied machen jeden Tag. Und dieser

Unterschied, dieser Unterschied geht ganz einfach. Man kann sich jeden Tag aufs Neue entscheiden.“

In Umfragen liegen die Grünen aktuell zwischen 15 und 16 Prozent, deutlich unter ihrem Rekordergebnis von 2018 (17,6 Prozent).